

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
09.06.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Parkraum in der Hansestadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:29 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	15.06.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	23.06.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag "Parkraum in der Hansestadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:29 Uhr)

Beschlussvorschlag:

s. Antrag "Parkraum in der Hansestadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:29 Uhr)

Anlagen:

Antrag "Parkraum in der Hansestadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:29 Uhr)

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Oberbürgermeisterin der Stadt Lüneburg
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Stadtratsfraktion Lüneburg

Lüneburg, den 08.06.2022

Antrag der CDU-Fraktion: Parkraum in der Hansestadt

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Die CDU-Fraktion beantragt,

dass die Verwaltung den im Verwaltungsausschuss vom 05. Mai 2022 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschluss, 125 Parkplätze in der Innenstadt von Lüneburg wegfallen zu lassen, solange nicht umgesetzt, bis der Nachhaltige Urbane Mobilitätsplan (NUMP) und eine mögliche Kompensation vom Rat der Hansestadt Lüneburg erörtert und beschlossen worden ist.

Begründung:

Der o.g. Beschluss des Verwaltungsausschusses hat ein breites öffentliches negatives Echo sowohl in der Stadtgesellschaft auch in der Wirtschaft gefunden. Vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung, dass dieses Thema umfassend im Rat erörtert und für einen abgestimmten Mobilitätsplan geworben werden muss.

Es ist der absolut falsche Zeitpunkt, der Hotellerie, dem Handwerk, der Gastronomie, dem Einzelhandel, den Dienstleistern und den Unternehmen in Lüneburg eine zusätzliche Belastung durch Verkehrsexperimente zuzumuten, bevor nicht mit dem NUMP Vorschläge auf dem Tisch liegen, die die Interessen aller Lüneburgerinnen und Lüneburger und der Besucher unserer Hansestadt beleuchtet haben und aufeinander abgestimmt sind.

Die Stadt muss ihrer Rolle als Oberzentrum gerecht werden und insbesondere auch für die Menschen aus dem Umland attraktiv bleiben. Zudem dürfen Menschen, die nicht mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad in die Stadt kommen können, nicht vergessen werden.

Die Erreichbarkeit der Innenstadt ist essentiell und gerade auch im Hinblick auf die aktuellen Leerstände wichtig, um Neuvermietungen attraktiv zu machen.

Der sofortige Wegfall der Parkplätze bedeutet für die Wirtschaft in der Innenstadt ein zusätzliches ökonomisches Risiko. Dies ist gerade auch im Hinblick auf die aktuell schwierige wirtschaftliche Situation nicht tragbar.

Ob Parkraum verzichtbar sein wird und wie Alternativen geschaffen werden können, wird auf der Grundlage des NUMP zu diskutieren sein; erforderlich ist jedenfalls ein Gesamtkonzept.

Dazu wird auch ein Ausbau des ÖPNV gehören, der zusätzliche Gebiete ansteuert, die Frequenz erhöht und die Taktung verkürzt.

Für uns ist nicht ersichtlich, warum jetzt ein "Schnellschuss" und der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wird. Wir können nicht heute Parkplätze abschaffen und morgen diskutieren, ob wir dies kompensieren oder Alternativen für eine gute Erreichbarkeit anbieten können.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Scherf (CDU)
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg



Anna Bauseneick (CDU)
Ratsfrau
im Rat der Hansestadt Lüneburg

01R

ü b e r

Frau Oberbürgermeisterin Kalisch

**Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2022 zur Sitzung des Rates am 23.06.2022
„Parkraum in der Hansestadt“**

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Antrag wird das Ziel verfolgt, den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2022 zur Vorlage VO/09993/22 (Reduzierung von Stellplätzen zugunsten von Rad- und Fußverkehr bis zu einem Beschluss des Rates zum Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan unter Kompensation für entfallene Parkstände auszusetzen. Die nachfolgende Stellungnahme ist zunächst identisch mit derjenigen zum Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2022 „Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten der bewegungseingeschränkten Personen, Familien mit Kindern und älteren Menschen“ zu dessen Unterpunkt 2.

Die Verwaltung steht zu ihrem Vorschlag zur Reduzierung der innenstadtnahen bewirtschafteten Parkplätze gemäß der Vorlage VO/09993/22 und fügt aufgrund der vielfachen Diskussion hinzu, dass entgegen der breiten Wahrnehmung keinesfalls 125 Parkplätze nahe der Innenstadt wegfallen. Insgesamt werden 80 dieser Stellplätze in der Wallstraße weiterhin zur Verfügung stehen; tatsächlich werden nur 44 Parkplätze wegfallen. Hier wird lediglich die Parkraumbewirtschaftung angepasst, um die Wallstraße in eine echte Fahrradstraße zu wandeln. Der Parkraum in der Wallstraße wird somit in Zukunft vor allem den Anwohner:innen zur Verfügung stehen, welche dann gleichzeitig nicht mehr an anderer Stelle parken werden und somit bewirtschafteten Parkraum freimachen; eine Verlagerung zugunsten der Anlieger:innen wird einsetzen.

Bereits in der Ratssitzung vom 12.05.2022 war von der SPD- und CDU-Fraktion ein Dringlichkeitsantrag mit dem Ziel gestellt worden, dass über den zuvor durch den Verwaltungsausschuss beschlossenen Sachverhalt der Rat selbst entscheiden müsse, weil es sich bei der Aufhebung bzw. Umwandlung der 125 Parkplätze um ein grundlegendes Entwicklungsziel der Kommune im Sinne des § 58 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG handele und damit die ausschließliche Zuständigkeit des Rates gegeben sei.

Dem ist die Verwaltung entgegengetreten und hat den zu beurteilenden Sachverhalt der so genannten Lückenkompetenz des Verwaltungsausschusses zugeordnet. Diese Rechtsauffassung wurde zwischenzeitlich durch den Niedersächsischen Städtetag bestätigt und die Vorsitzenden im Rat der Hansestadt Lüneburg vertretenen Fraktionen sowie die Sprecherin der Gruppe Die Partei/DIE LINKE mit Schreiben vom 01.06.2022 hierüber informiert.

Da im vorliegenden Fall der Verwaltungsausschuss als zuständiges Organ seine Beschlusskompetenz ausgeübt hat, ist eine diesen Beschluss abändernde oder aufhebende Entscheidung des Rates durch einen Vorbehaltsbeschluss im Sinne des § 58 Abs. 3 NKomVG nicht mehr möglich. Die zudem eingeforderte weitergehende Beteiligung der Öffentlichkeit und der Verbände ist durch die Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2022 sichergestellt.

Denn der mit diesem Beschluss an die Verwaltung erteilte Planungsauftrag zur Neuaufteilung des Verkehrsraumes umfasst Vorschläge für Kompensationsmaßnahmen der entfallenden bzw. umzuwandelnden Parkplätze und bezieht sich auf die jeweilige Einzelmaßnahme. Hierüber wird ein fachlicher Austausch im Arbeitskreis Verkehr, in dem die Verkehrsverbände vertreten sind, erfolgen und entsprechend der Beschlusslage in öffentlicher Sitzung dem Fachausschuss, also dem Mobilitätsausschuss, berichtet. Letzterer hatte, ebenfalls in öffentlicher Sitzung, den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2022 vorberaten.

Zudem wird erneut darauf hingewiesen, dass die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen der Umsetzung bestehender Beschlusslagen dienen (Radverkehrsstrategie, Fahrradstraßenring).

Die Stellungnahme wird darüber hinaus um folgenden Aspekt ergänzt:

Entsprechend der bislang vorgestellten Planungen und Zeitabläufe zum Erstellen des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans ist mit einer diesbezüglichen abschließenden Beschlussfassung des Rates nicht vor 2024 zu rechnen. Die Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt auszusetzen entspricht zum einen nicht der Aufgabe der Verwaltung, bestehende Beschlüsse auszuführen, und zum anderen widerspricht dies auch dem Ziel der Förderung des Rad- und Fußverkehrs im Sinne der Mobilitätswende, dem sich der Rat im vergangenen Dezember durch Beitritt zum Bürgerbegehren Radentscheid angeschlossen hat.

Darüber hinaus sind Teile der genannten Maßnahmen bis Frühjahr 2023 umzusetzen, um als Baustein der strategischen Innenstadtentwicklung zu rund 90% gefördert zu werden.

Aus den genannten Gründen sieht sich die Verwaltung verpflichtet, die Beschlusslage des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2022 umzusetzen und sieht aus den bereits mehrfach geäußerten rechtlichen Gründen keinen Raum für eine Beschlussfassung des Rates im Sinne des Antrages.

Moßmann



Stadtratsfraktion Lüneburg

CDU-Stadtratsfraktion Lüneburg – Stadtkoppel 16 – 21337 Lüneburg

Oberbürgermeisterin der Stadt Lüneburg
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg



Stadtratsfraktion

Lüneburg, den 21.06.2022

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD: Parkraum in der Hansestadt

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU- und SPD-Fraktion beantragen gemeinsam,

dass die Verwaltung den im Verwaltungsausschuss vom 05. Mai 2022 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschluss, 125 Parkplätze in der Innenstadt von Lüneburg wegfallen zu lassen, solange nicht umgesetzt, bis für den Gesamtbereich der Hansestadt das beauftragte Gutachten zur Parkraumbewirtschaftung (im Spätsommer) vorliegt (s. Vorlage VO/09993/22 – Seite 5, Absatz 1). Die sich hieraus ergebenden Erkenntnisse und Empfehlungen sind unerlässliche Grundlage für die Entscheidung, wo und wieviele Parkplätze in der Innenstadt ggf. entfallen und wie sie kompensiert werden können.

Begründung:

Der o.g. Beschluss des Verwaltungsausschusses hat ein breites öffentliches negatives Echo sowohl in der Stadtgesellschaft auch in der Wirtschaft gefunden. Vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung, dass dieses Thema umfassend im Rat im Lichte des in Kürze vorliegenden Gutachtens zur Parkraumbewirtschaftung erörtert werden muss.

Es ist der absolut falsche Zeitpunkt, der Hotellerie, dem Handwerk, der Gastronomie, dem Einzelhandel, den Dienstleistern und den Unternehmen in Lüneburg eine zusätzliche Belastung durch Verkehrsexperimente zuzumuten, bevor nicht konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen, die die Interessen aller Lüneburgerinnen und Lüneburger und der Besucher unserer Hansestadt beleuchtet haben und aufeinander abgestimmt sind.

Die Stadt muss ihrer Rolle als Oberzentrum gerecht werden und insbesondere auch für die Menschen aus dem Umland attraktiv bleiben. Zudem dürfen Menschen, die nicht mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad in die Stadt kommen können, nicht vergessen werden.

Die Erreichbarkeit der Innenstadt ist essentiell und gerade auch im Hinblick auf die aktuellen Leerstände wichtig, um Neuvermietungen attraktiv zu machen.

Der sofortige Wegfall der Parkplätze bedeutet für die Wirtschaft in der Innenstadt ein zusätzliches ökonomisches Risiko. Dies ist gerade auch im Hinblick auf die aktuell schwierige wirtschaftliche Situation nicht tragbar.

Ob Parkraum verzichtbar sein wird und wie Alternativen geschaffen werden können, kann sinnvoll nur auf der Grundlage der Erkenntnisse des Gutachtens zur Parkraumbewirtschaftung diskutiert werden.

Dies muss später dann einfließen in den Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan NUMP zu dem auch ein Ausbau des ÖPNV gehören wird, der zusätzliche Gebiete ansteuert, die Frequenz erhöht und die Taktung verkürzt.

Für uns ist nicht ersichtlich, warum jetzt ein "Schnellschuss" und der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wird. Wir können nicht heute Parkplätze abschaffen und im Spätsommer prüfen, ob wir dies kompensieren oder Alternativen für eine gute Erreichbarkeit anbieten können. Mit solch einem Vorgehen werden wir den vielen berechtigten Fragen aus der Bürgerschaft und Bedenken vieler Innenstadtkräfte nicht gerecht.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Scherf
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg



Anna Bauseneick
Ratsfrau der CDU
im Rat der Hansestadt Lüneburg

Andrea Schröder-Ehlers
Vorsitzende der SPD-Fraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg